

Stand: 21.04.2026 04:07:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10529

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Verstärkung der Kreisverwaltungsbehörden  
(Kap. 03 09 Tit. 428 01)"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10529 vom 02.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11323 des HA vom 17.03.2026



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;  
hier: Verstärkung der Kreisverwaltungsbehörden  
(Kap. 03 09 Tit. 428 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 03 09 (Landkreise) wird der Ansatz im Tit. 428 01 (Entgelte der Arbeitnehmer) für das Jahr 2026 von 53.515,9 Tsd. Euro um 2.440,0 Tsd. Euro auf 55.955,9 Tsd. Euro erhöht und für das Jahr 2027 von 54.680,1 Tsd. Euro um 4.936,0 Tsd. Euro auf 59.616,1 Tsd. Euro erhöht.

Damit sollen bei den Ausländerbehörden der Landkreise ab dem 1.7.2026 bis zum 31.12.2027 80 Stellen in der BesGr. A 10 geschaffen werden.

### **Begründung:**

Bayern ist ein Einwanderungsbundesland. Die Staatsregierung hat es bisher versäumt, ausreichende Maßnahmen zu ergreifen, die nötig sind, damit die Ausländerbehörden reibungslos, einfach und einheitlich den Zuwachs u. a. an Einbürgerungsanträgen, der durch die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts entstanden ist, zu bewältigen.

Darüber hinaus beklagen Unternehmen in Bayern, dass die Ausstellung von Aufenthaltserlaubnissen in Verbindung mit Arbeitserlaubnissen bei den Ausländerbehörden lange dauert. Auch hier besteht Handlungsbedarf. Sowohl Wirtschaft als auch ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen schnelle Entscheidungen.

Die zusätzlichen Stellen sollen die unterbesetzten Ausländerbehörden in den Landratsämtern stärken, um den Arbeitsanfall schneller bewältigen zu können. Schon bislang finanzieren die Landkreise staatliche Aufgaben, weil der Freistaat nicht genügend Personal zur Verfügung stellt.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11323 des HA vom 17.03.2026

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)